

Wilde Manager in Interlaken

WIRTSCHAFTSFORUM
Heute beginnt in Interlaken das Swiss Economic Forum. Das Motto lautet «Live the Wild». Es geht um die Frage, wie wild Manager sein müssen, um in der Wildnis des freien Marktes zu überleben.

Wirtschaftstreffen haben meistens ein mehr oder weniger originelles Oberthema. Dasjenige des Swiss Economic Forum lautet «Live the Wild». Das Treffen mit rund 1350 Teilnehmern aus Wirtschaft und Politik findet heute und morgen in Interlaken statt. Das Motto lässt zwei Interpretationen zu: Es geht zum einen um das Thema, ob ein Unternehmer seine wilde Seite leben darf, soll oder muss. Zum andern lässt es sich als Frage interpretieren, wie ein Unternehmer in der Wildnis des Geschäftslebens, wo überall Gefahren drohen, am besten überlebt.

Ehud Barak als Stargast

Bundespräsidentin Doris Leuthard wird das Forum heute um 13.30 Uhr eröffnen. Um 14.15 Uhr wird der britische Starhistoriker Timothy Garton Ash seine Sicht der Weltlage präsentieren.

Der Höhepunkt des zweiten Tages wird die Verleihung des Jungunternehmerpreises und der Auftritt des ehemaligen israelischen Premierministers Ehud Barak (16.15 Uhr) sein. Das Schweizer Fernsehen berichtet auf den Kanälen SRF info oder SRF 1 live aus Interlaken. *sry*

In Kürze

HANDYTARIFE Schweizer zahlen am meisten

Die Schweiz ist für Handynutzer das teuerste Pflaster in Europa. Dies zeigt eine Studie des Internetvergleichsportals Verivox über Handyabos und Prepaidangebote aller Netzbetreiber in 13 Ländern. Das Nutzerprofil mit 100 Gesprächsminuten und mindestens 1 GB Datenvolumen koste hierzulande 25 Franken pro Monat. Von den Nachbarländern ist Italien mit 8.80 Franken am billigsten, vor Deutschland mit knapp 12 Franken und Frankreich mit 16.50 Franken. *sda*

TERRORISMUS Parlament will Kronzeugenregel

Gerichte sollen Mitglieder terroristischer Organisationen milder bestrafen können, wenn sie den Behörden wertvolle Informationen liefern. Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat dafür ausgesprochen. Er nahm oppositionslos eine Motion seiner Rechtskommission an. Mit 108 zu 72 Stimmen abgelehnt hat er eine Motion zum selben Thema von Ständerat Claude Janiak (SP, BL), die mehr verlangte. *sda*

SPRACHENSTREIT Kommission soll Bundesrat beistehen

Der Ständerat will eine ausserparlamentarische Kommission für Sprachenfragen ins Leben rufen. Er hat eine Motion von Stefan Engler (CVP, GR) mit 17 zu 16 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Die Kommission soll den Bundesrat künftig in allen Fragen der Sprachenpolitik beraten. *sda*

DAVID VAN REYBROUCK LOSVERFAHREN STATT WAHLEN

«Wahlen schaffen bloss Eliten, nicht

Damit Politiker das Volk wirklich in seiner Breite vertreten, müssten sie per Los bestimmt werden. Das fordert der belgische Historiker und Autor David Van Reybrouck (46) in seinem Buch «Gegen Wahlen». Nach seinem Auftritt an den Solothurner Literaturtagen erklärte er im Gespräch, warum gewählte Partei- und Berufspolitiker die Demokratie nicht voranbringen.

Herr Van Reybrouck, Sie kritisieren in Ihrem letzten Buch Wahlen und fordern, Volksvertreter per Los zu bestimmen. Gehen Sie überhaupt noch wählen?

David Van Reybrouck: Doch, ich wähle. Obwohl ich Wahlen für ein fragwürdiges Mittel halte. Eine Demokratie, die sich darauf beschränkt, hat keine Zukunft. Wer aber hungrig ist nach Demokratie, isst den kleinsten Apfel, auch wenn er davon nicht satt wird. **Verstehe ich richtig: Sie halten Wahlen für undemokratisch?**

In der Geschichte galten Wahlen gar nicht als demokratisches Instrument. Schon der antike Philosoph Aristoteles hat erkannt, dass Wahlen zur Natur der Aristokratie gehören, das Losverfahren aber zur Natur der Demokratie. Wahlen schaffen Eliten. Mit der Amerikanischen und der Französischen Revolution wurden Wahlen eingeführt, um die Demokratie zu stoppen.

Wie bitte? Wahlen gelten doch als Ausdruck der Demokratie.

Ich weiss, dass man das in der Schule so lernt. Es ist aber falsch. Die französischen Revolutionsführer sahen die echte Demokratie und die Macht des Volkes, das die Bastille stürmte, als Gefahr. Die neue Regierung bildeten gut gebildete Bürger, die vorher hinter dem Adel nur die Nummer zwei waren. Die Besitzer von Schlössern und Adelstiteln wurden im revolutionären Frankreich vor zweihundert Jahren einfach durch bürgerliche Leute mit Einfluss und Geld ersetzt. **Damals waren nicht alle Bürger wahlberechtigt. Heute aber können alle wählen. Das ist doch demokratisch.**

Es stimmt, dass sich der Kreis der Wahlberechtigten seither stark ausgedehnt hat. Der Kreis der Wählbaren im Prinzip auch. In der Realität aber sind die Gewählten mehrheitlich Akademiker, viele davon Juristen. In Holland sind nur 2,5 Prozent, in Belgien 5 Prozent der Bürger Mitglied einer Partei. Von diesen sind nur wenige aktive Parteimitglieder, die dann gewählt werden. Da kann man doch nicht von einer repräsentativen Demokratie sprechen, in der die ganze Breite der Gesellschaft vertreten ist.

Werden die falschen Leute gewählt: Berufspolitiker und Experten mit Einfluss und Geld statt normaler Bürger?

Genau. Wir haben erlebt, dass nach 1945 die Bildung, dann die Information und durch Social Media auch die Kommunikation demokratisiert worden sind. Nur die Demokratie ist nicht demokratisiert worden. Das Wahlrecht ist universaler verbreitet denn je, dennoch hat das Misstrauen gegen die Politik und dadurch auch gegen die Demokratie dramatisch zugenommen. In Europa gibt es eine wachsende Sehnsucht nach einer autoritären Politik. Das ist beängstigend.

Lässt sich dieses Misstrauen gegen die Politik belegen?

Gemäss Umfragen von Transparency International gelten politische Parteien in allen europäischen Ländern als wenig vertrauenswürdige Institutionen. Sogar in Norwegen, einem soliden demokratischen Land, glauben 41 Prozent der Bürger, dass die Parteien korrupt sind. In Belgien sind

es 67, in Frankreich über 70 und in Griechenland über 90 Prozent. Die Keyplayer der Politik geniessen erschreckend wenig Kredit.

Müsste man also die Parteien abschaffen, um die Demokratie zu stärken?

Nein. Sie verkörpern das politische Recht der Rede- und der Versammlungsfreiheit. Die Demokratie in Belgien, Frankreich, England oder Holland ist aber in Wahrheit eine Parteienherrschaft. Diese Länder müssten von der Schweiz oder Irland lernen, wie man die Exzesse der Parteipolitik eindämmt.

Wie denn? Durch Ihren verrückten Vorschlag, gewählte Parlamente durch ausgeloste Bürgergremien zu ersetzen?

Ich weiss, dass mein Buch «Gegen Wahlen» erst skeptische Reaktionen auslöst – bis man es gelesen hat. Ich finde nicht, dass ein Land plötzlich all seine Behörden per Los bestimmen soll. Ich möchte aber auch nicht in einem Land leben, das in den nächsten zwanzig Jahren nichts an seinem politischen System ändert. Ich plädiere für eine Mischung. Das Lossystem könnte zuerst für heikle Einzelthemen angewandt werden.

Das funktioniert wirklich?

Es gibt genug reale Beispiele, die zeigen, was ausgeloste Gremien in vielen Ländern zu leisten vermögen. Irland ist eine besonders innovative Demokratie. Eben haben 99 ausgeloste Irinnen und Iren als vorbereitende Versammlung für die neue Verfassung über die Abtreibung diskutiert. Das ist im katholischen Irland schwierig. Politiker fürchten bei so umstrittenen Fragen, nicht mehr wiedergewählt zu werden. Man muss aber solche Themen offen diskutieren können.

Das schaffte die Versammlung?

Ja. Nach mehreren Aussprachen war sie mit 79 gegen 12 Stimmen für eine Abänderung des strengen Abtreibungsverbots, allerdings nicht für eine völlige Abschaffung. Vor zwei Jahren berieten 33 Politiker und 66 ausgeloste Irinnen und Iren über die Homosexuellen-Ehe. Sie waren zu 80 Prozent der Ansicht, dass Irlands Verfassung den Homosexuellen dieses Recht geben müsse. Der Vorschlag kam ins Parlament, das ein Referendum beschloss. Dieses wurde dann von zwei Dritteln der Irinnen und Iren an der Urne angenommen. Erstmals in der Geschichte hat das Losverfahren da eine Verfassungsänderung ermöglicht.

Erstaunlich!

Es zeigt, was für eine Legitimität ein Verfassungsentscheid erhält, wenn er von einer wirklich repräsentativen Auswahl unabhängiger Bürger gefällt wird.

Kann jeder Bürger und jede Bürgerin ausgelost werden?

Es gibt zwei Optionen. Entweder nimmt man eine zufällige Probe aus allen Stimmberechtigten. Oder man definiert vorher Kriterien. In Irland musste die ausgeloste Auswahl Altersgruppen, Geschlecht, Wohnorte und soziale Klassen richtig repräsentieren. **Fällt das Los nicht auf allzu viele inkompetente Leute?**

Bei Wahlen bekommt man meistens mehr kompetente Leute, ihr Bildungsgrad ist höher. Ihre Unabhängigkeit aber ist kleiner, weil parteipolitische Motive mitspielen.



Demokratiereformer David Van Reybrouck, letzte Woche auf einem Podium der Solothurner Literaturtage. *Keystone*

«Seit 1945 sind die Bildung, die Information und die Kommunikation demokratisiert worden. Nur die Demokratie ist nicht demokratisiert worden.»

len. Ein erstaunliches Beispiel aus dem Bundesstaat Südastralien zeigt, dass ausgeloste Gremien kompetent werden können, wenn sie genug Zeit haben. Die strukturschwache Region stand vor der Frage, ihre Einkünfte aufzubessern, indem sie in ihren unbewohnten Wüstengebieten ein weltweites Lager mit nuklearen Abfällen einrichtet.

Was für eine heisse Frage!

Und wie! Die Politiker sagten: Das können wir unmöglich entscheiden, sonst verlieren wir die nächsten Wahlen. Auch vor einem Referendum an der Urne schreckten sie zurück, weil sie die emotionale Debatte fürchteten. Also bildete man ein gezielt ausgelostes Gremium von 350 Bürgern, die diskutierten und sich Experten anhörten.

Versuchten die Experten, diese Laien nicht zu beeinflussen?

Diese Befürchtung gab es. Vor dem Gebäude, in dem die 350 tagten, demonstrierten Atomgegner. Dabei waren ja auch im Gremium Gegner vertreten. Nach sechstägigen Anhörungen und Debatten waren die 350 mehrheitlich dafür, dass man kein Endlager bauen sollte. Obwohl es technisch sicher und finanziell

einträglich gewesen wäre. Das zeigt, dass sich Laien schlaumachen können und sich nicht einfach von Experten und Lobbys manipulieren lassen.

Wäre ein Ja des Gremiums bindend gewesen?

Nein, das südaustralische Parlament muss die Frage abschliessend klären. Obwohl ausgeloste Gremien einen Querschnitt der Bevölkerung repräsentieren, hat man noch Angst davor, ihre Entscheide für gültig zu erklären.

In Ihrem Buch fehlen die Volksabstimmungen und Mitwirkungsverfahren in der Schweiz. Ist die direkte Demokratie nicht am gerechtesten?

Ich halte Volksabstimmungen nicht für den besseren Weg als das Losverfahren. Die Initiative und das Referendum, die den Bürgern dazu dienen, etwas auf die politische Agenda zu setzen, sind auch zum Instrument von Parteien und von Lobbys geworden. Selbst in der Schweiz zeigen sich also Limiten von Volksabstimmungen. Auch sie sind nicht immer repräsentativ.

Trauen Sie der direkten Demokratie nicht?

Die Schweiz hat eine einzigartige Tradition von Volksabstimmun-